Der Landrat verwies auf die Vorlage der Verwaltung.

KTM Schäfer sagte, man habe dieses Thema ebenfalls am Rande einer Sitzung des Polizeibeirats besprochen. Im Rhein-Sieg-Kreis gebe es Menschen, die auf eine künstliche Beatmung oder auf eine tägliche Betreuung angewiesen seien. Diese Menschen seien im Falle eines Blackouts dem Tode geweiht. Auf diese Menschen beziehe sich der Antrag seiner Fraktion. Auch diesen können Sie gerne ablehnen, da er von der AfD-Fraktion gestellt wurde.

KTM Waldästl bemerkte, der Kreis habe eine Informationsbroschüre im letzten Jahr zum Thema Blackout herausgegeben. Darüber hinaus seien durch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und dem Landrat in den Städten und Gemeinden Katastrophen-Leuchttürme eingerichtet worden. In Sachen Blackout und Energiesicherheit sei das, was die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrat auf den Weg gebracht hätten vorbildlich gewesen.

So habe man frühzeitig reagiert, indem man Blackout- Szenarien nicht zu hoch aufgehängt, aber trotzdem diesen Katastrophenfall und auch die von KTM Schäfer angesprochenen Personenkreis mitberücksichtigt habe.

Von daher sehe seine Fraktion den Rhein-Sieg-Kreis mit seinen Städten und Gemeinden mit den Stäben für außergewöhnliche Ereignisse gut aufgestellt und vorbereitet, sodass kein separater Krisenstab notwendig sei.

KTM Dr. Bieber erwiderte zu den Aussagen von KTM Schäfer, dass er sich gegen den Vorwurf wehre, dass er etwas aus ideologische Gründen ablehne. Er lehne aus sachlichen Gründen ab.

Es stelle sich die Frage, welche Erwartungshaltung man bei den Menschen schüre, wenn ein Krisenstab gebildet werden solle, um die Leute zu registrieren. Was solle man von einer Verwaltung erwarten, wenn 600.000 Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreises, von denen sich ggf. tausende Menschen registrieren lassen, jedoch die Kapazitäten in einem solchen Krisenfall von einer Verwaltung nicht bereitgestellt werden können, da es auch andere prioritäre Maßnahmen gebe.

Er sei der Ansicht, dass derartige Anträge sehr schnell geschrieben aber nicht gut durchdacht sind.

KTM Söllheim sagte, der Antrag sei dahingehend sehr schwer umzusetzen, da sich die tägliche Situation der hilfebedürftigen Personen ändere.

Zudem dürfe man in Krisensituationen mit politischen Anträgen keine Panik in der Bevölkerung schüren.

Er sei der Überzeugung, dass man mit den Maßnahmen, die man gemeinschaftlich im Fachausschuss entschieden habe, sehr weise umgehen könne.

KTM Schäfer sagte, er sei der Ansicht, die Menschen hätten bereits Angst. Man brauche sie nicht mehr schüren. Die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts halte er persönlich für sehr gering.

Dennoch halte er den Antrag mit der Bitte aufrecht, einen Stab zu bilden, der sich mit den entsprechenden Fachleuten in Sachen Hilfsangebote austausche.
Das mit den Kommunen erstellte Papier sei ihm bekannt. Eine Regelung für Personen, die auf eine künstliche Beatmung angewiesen sind, sei nicht zu finden.

KTM Kemper teilte mit, dass sich in der Gemeinde Ruppichteroth eine Arbeitsgemeinschaft diesem Thema angenommen habe. Demnach gebe es dieses Ansinnen bereits in manchen Kommunen, wonach durchaus Vorbereitungen für diejenigen Menschen erfolgen, die sich in einer Blackout-Situation nicht selbst helfen können.

Von daher sehe er für diesen Antrag keinen Hintergrund.

KTM H. Becker bestätigte, dass in Abstimmung mit dem Kreis die Gemeinden das in unterschiedlichem Ausmaß implementiert hätten.
Er bat darum, dass bei der Beschlussfassung über den Antrag Bezug auf die Erörterungen im Ausschuss für Rettungswesen und Katastrophenschutz genommen werde.

Der Landrat stimmte dem zu.

KTM Kemper informierte, dass es ihm schwerfalle, einen Bezug auf Erörterungen im Fachausschuss zu nehmen, bei dem er nicht anwesend gewesen sei.

Der Landrat wies darauf hin, dass man als Mitglied des Kreistages Zugriff auf die Einladungen und Protokolle der Sitzungen habe.